

02.01**Altersheim Espel; Anbau Bettenlift und Erweiterung Treppenhaus; Antrag der Baukommission**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 7. November 2012 sowie der Antrag der Parlamentarischen Baukommission vom 15. Januar 2013 mit folgendem Antrag:

Für den Anbau eines Bettenliftes und die Erweiterung des Treppenhauses im Altersheim Espel wird ein Kredit von CHF 665'000 erteilt.

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Baukommission, verliest deren Bericht. Die beantragten baulichen Massnahmen sind dringlich und sollen realisiert werden, auch wenn die langfristige Nutzung des Gebäudes als Altersheim offen steht. Auf weitere Investitionen ins Gebäude soll aber verzichtet werden.

Felix Koller (FDP) beurteilt die heutige Situation aus pflegerischer Sicht und aus feuerpolizeilicher Sicht als kritisch. Die Stadt hat während Jahren viel Glück gehabt. Ein zweiter Lift ist nötig. Die VBK ist davon überzeugt, dass die Investition sinnvoll ist, und sich rechnen wird. Er beantragt Zustimmung zur Kreditvorlage.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Kreditantrag ebenfalls. Die heutigen Sicherheits- und Arbeitsbedingungen sind grenzwertig. Die SanaFürstenland AG hat Anspruch auf einen funktionierenden Bau, wenn sie am 1.1.2014 den Betrieb des Altersheimes Espel übernehmen wird.

Alfred Zahner (FLiG) findet das Bauvorhaben ebenfalls zwingend und unterstützt den Kreditantrag.

Stadtrat Bruno Damann unterstützt den Antrag, obwohl das Altersheim in einigen Jahren geschlossen werden könnte. Wenn wegen dem fehlenden Lift aus Sicherheitsgründen ein Teil der Zimmer im Dachgeschoss unbenutzbar würde, würde bettenmässig und finanziell ein Engpass entstehen. Auch an die Mitarbeitenden ist zu denken, diese verdienen eine Arbeitserleichterung.

Detalldiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

02.02**Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2013; Krediterteilung**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 5. Dezember 2012 sowie der gleich lautende Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 6. Februar 2013 mit folgendem Antrag:

Für das Projekt „Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2013“ wird ein Kredit von CHF 120'000 (inkl. MwSt.) erteilt.

Eintretensdiskussion

Markus Mauchle, Präsident der Vorberatenden Kommission, erstattet Bericht. Die VBK unterstützt das vom Stadtrat in Aussicht genommene Projekt „Syntegration“ mit Malik Management St.Gallen einstimmig. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Mit der Kreditfreigabe können rasch Resultate erzielt werden.

Norbert Hälg (FDP) sieht das vom Stadtrat vorgeschlagene Projekt als zwingend. Die Verschuldung der Stadt steigt, die Aussichten sind schlecht, und der Stadtrat hat früh darauf hingewiesen. Die Arbeit der VBK mit Einbezug der Fraktionspräsidenten hat sich gelohnt.

Roman Steiger (CVP) begrüsst das beantragte Projekt und den Beizug von Malik Management. Damit entsteht rasch eine gute Ausgangslage für das nächste Budget.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

02.03

Masterplan GESAK (Gemeindesportanlagenkonzept); Planungskredit, Einsetzung VBK

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 23. Januar 2013 mit folgendem Antrag:

Für die Erarbeitung eines Masterplanes GESAK wird ein Planungskredit von CHF 140'000 inkl. MwSt. erteilt.

Das Präsidium Stadtparlament stellt am 12. Februar 2013 folgende Anträge:

- 1. Für das Geschäft Masterplan GESAK wird eine vorberatende Kommission mit 7 Mitgliedern eingesetzt.*
- 2. Diese Vorberatende Kommission bearbeitet zusätzlich die Geschäfte „Initiative Sporthalle“ sowie „Tribünenersatz“.*
- 3. Die Vorberatenden Kommissionen „Initiative Sporthalle“ sowie „Tribünenersatz“ werden aufgehoben.*

Für die Kommissionsbesetzung liegen folgende Nominationen vor:

CVP	Manser Ruedi	Präsident
CVP	Hug Norbert	Mitglied
FLiG	Zahner Alfred	Mitglied
FDP	Schäfler Ruth	Mitglied
SVP	Koller Benno	Mitglied
SVP	Martin Claudia	Mitglied
SP	Kobler Florian	Mitglied

Eintretensdiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) weist darauf hin, dass die Stimmbürger am vergangenen Wochenende die Erhöhung des Steuerfusses abgelehnt haben. Wenn kein Geld vorhanden ist, besteht auch kein Bedarf für einen Masterplan GESAK. Der Kredit für den Masterplan soll abgelehnt werden, das GESAK allein genügt als Ausgangslage für die Planungen. Der Sportkoordinator soll einen Vorschlag für die Priorisierung der Projekte ausarbeiten.

Florian Kobler (SP) teilt die Ansicht der FLiG, möchte aber dennoch am GESAK festhalten. Eine VBK zum Masterplan ist nötig, damit die Meinungen einfließen können. Gemeinsam soll eine Sportanlagen-Lösung erarbeitet werden.

Ruedi Manser (CVP) ist klar für den Masterplan und die Einsetzung einer VBK. Wenn auf den Masterplan verzichtet würde, würde man auf halbem Weg stehen bleiben. Eine sinnvolle Abfolge der Investitionen muss gefunden werden. Der Masterplan soll eine Auslegeordnung aufzeigen, damit nicht jeder Standort von neuem hinterfragt werden muss. Solch detaillierte Abklärungen konnten bei der Erstellung des GESAK nicht gemacht werden. Eine breit abgestützte VBK wird auch die Finanzen im Auge behalten.

Stadtrat Stefan Lenherr erinnert an die pendenten Geschäfte „Initiative Sporthalle“ und „Tribünenersatz“, welche in die Vorberatung einbezogen werden müssen. Er beantragt Zustimmung zur Kreditvorlage.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benützt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

1. Die Anträge 1 – 3 werden einstimmig angenommen.
2. Die vorgeschlagenen Mitglieder werden in die VBK gewählt.

02.04

Teilzonenplan Sommerau Nord; Erlass

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 6. Februar 2013 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Sommerau Nord“ vom 15. August 2012 / 6. Februar 2013 wird gemäss Planbeilage erlassen.

Das Präsidium beantragt, das Geschäft der Baukommission zur Vorberatung zu überweisen.

Eintretensdiskussion:

Claudia Martin (SVP) beantragt, den Teilzonenplan direkt zu erlassen ohne Vorberatung. Inhaltlich kann das Parlament ohnehin keine Änderungen einbringen. Details sind im Überbauungsplan geregelt. Nach der Annahme des Raumplanungsgesetzes am 3. März 2013 besteht die Gefahr einer weiteren Verzögerung, weil die Kantone die Richtplanung anpassen müssen.

Erwin Sutter (FLiG) weist auf die komplexe Fragestellung hin. Die Sichtweise der Eigentümer widerspricht dem Stadtrat in einigen Punkten. Diese betreffen den Überbauungsplan. Es soll eine VBK eingesetzt werden, damit Unklarheiten ausgeräumt werden können, insbesondere die Kostentragung. Der Zeitverlust ist nicht bedeutend. Das Gebiet soll so rasch als möglich überbaut werden, aber ohne Schnellschuss.

Hanspeter Fröhlich (FDP) möchte auf die VBK verzichten. Es bestehen erhebliche Differenzen zwischen der Stadt und der Grundeigentümerschaft, welche nicht durch die VBK ausgeräumt werden können. Die Umzonung soll möglichst rasch erfolgen.

Florian Kobler (SP) weist darauf hin, dass das Gebiet Moosburg rascher hätte entwickelt werden können. Für das Gebiet Sommerau Nord gibt es zu viele ungeklärte Fragen. Mit dem Einbezug einer VBK entsteht kein bedeutender Zeitverlust.

Ernst Ziegler (SVP) sucht als Präsident der Baukommission keine zusätzliche Arbeit. Die Eigentümer sind betreffend dem Teilzonenplan mit dem Stadtrat einig. Die Baukommission kann nicht gross einwirken, wenn es um den Überbauungsplan geht.

Stefan Harder (FLiG) gibt Recht, dass die VBK nicht gross eingreifen kann beim Teilzonenplan. Die Arbeit der VBK könnte im Sinne einer Mediation verstanden werden.

Stadtpräsident Alex Brühwiler will dem Parlament keine Anträge stellen betreffend VBK. Er weist darauf hin, dass der Stadtrat auch Einsprachen gegen den Zonenplan entscheiden musste.

Abstimmung über Überweisung an Baukommission

Der Antrag des Präsidiums für die Überweisung des Geschäftes an die Baukommission wird mit 13 Ja zu 17 Nein abgelehnt.

Detalldiskussion:

Roman Steiger (CVP) begrüsst den Teilzonenplan, das Bauland wird benötigt. Die VBK hätte aber Fragen klären können. Es wäre zielführend, wenn alle am gleichen Strick ziehen würden. Die CVP wird den Teilzonenplan unterstützen.

Schlussabstimmung:

Dem Teilzonenplan Sommerau Nord wird mit einigen Enthaltungen grossmehrheitlich zugestimmt.

02.05

Teilzonenplan Ringstrasse / Änderung Schutzverordnung; Erlass

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 6. Februar 2013 mit folgenden Anträgen:

1. *Der Teilzonenplan „Ringstrasse“ wird erlassen.*
2. *Die geschützte Hecke auf Grundstück Nr. 115 wird aus der Schutzverordnung der Stadt Gossau entlassen.*

Eintretensdiskussion:

Florian Kobler (SP) unterstützt die geplante, zentrumsnahe Überbauung. Die Fraktion befürchtet aber, dass verhältnismässig teure Wohnungen vorgesehen sind. Es fehlen in Gossau attraktive Mietangebote nach dem Kostenprinzip, z.B. Genossenschaftswohnungen. Die SP wird demnächst Fragen stellen zu diesem Thema.

Alfred Zahner (FLiG) will mit dem vorhandenen Bauland haushälterisch umgehen. Ein zusätzliches Stockwerk auf dem Areal Tipper Tie wäre besser gewesen.

Stadtpräsident Alex Brühwiler unterstützt Verdichtung nach innen. Ein gutes Beispiel ist die Überbauung Per-ron 3 beim Bahnhof. Bei solchen Vorhaben sind immer auch die Ansprüche der Nachbarn einzubeziehen. Beim Projekt Ringstrasse (Tipper Tie) wurde ein auch für die Nachbarn verträgliches Mittelmass gefunden. Die Frage, ob Gossau künftig verstärkt in die Höhe wachsen muss, ist anzugehen, wird aber auch Widerstand produzieren.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benützt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Die Anträge werden einstimmig angenommen.

02.06 Neuer Vorstoss

Interpellation Florian Kobler (SP) und Monika Gähwiler-Brändle (SP) „Standortplanung für Mobilfunkantennen / Kommunikation Stadt Gossau“

Der Präsident



Fredi Mosberger

Der Stadtschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 11. März 2013 genehmigt.